A3 Für KLIMASCHUTZ ohne Scheinlösungen!

Antragsteller*in:	Philipp Schmagold (KV Plön)
Tagesordnungspunkt:	4. Anträge

Antragstext

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein unterstützen die nachfolgende Stellungnahme des Umweltbündnisses aus BUND, Grenpeace, Deutscher Umwelthilfe usw. zum Thema CCS.

> Gemeinsame Pressemitteilung vom 30.01.2024
> CCS: Breites Umweltbündnis warnt vor gefährlichem Irrweg

> Berlin/Hamburg: Ein breites Bündnis von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen warnt anlässlich der bevorstehenden Veröffentlichung der Carbon Management Strategie der Bundesregierung eindringlich vor den Gefahren der Kohlendioxid-Verpressung (Carbon Capture and Storage, CCS). Das zivilgesellschaftliche Bündnis befürchtet weitreichende Klima- und Umweltschäden.

> Zentrale Kritikpunkte sind: CCS ist eine Scheinlösung, verhindert den Ausstieg aus fossilen Energien, blockiert die Energiewende und gefährdet den Umbau der Industrie hin zu einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft. „CCS blickt auf eine jahrzehntelange Geschichte überhöhter Erwartungen und unerfüllter Versprechen zurück und wäre ein gefährlicher Irrweg im Kampf gegen die Klimakrise“, so das Bündnis. Hinter der Kritik stehen folgende Verbände, Organisationen und Bürgerinitiativen: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Greenpeace, Deutsche Umwelthilfe, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Bundesverband für Umweltberatung e.V, PowerShift e.V., urgewald e.V., GasWende, Naturschutzverein Südtondern, Bürgerinitiative „Kein CO2 Endlager Altmark” und die Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager.

> Übereinstimmend erklärt das Bündnis: „Eine staatliche Richtungsentscheidung für CCS wäre eine lebensverlängernde Maßnahme für klimaschädliche Produktion. Kraftwerke und ganze Industriezweige würden sich mit CCS über Jahrzehnte weiter an die Nutzung von Öl und Gas binden. CCS ist das Gegenteil von Klimaschutz. Es verhindert den Ausstieg aus fossilen Energien, gibt der Öl- und Gasindustrie noch mehr Macht und belastet kommende Generationen mit der Ewigkeitslast von CO2-Deponien. Gemeinsam im Bündnis rufen wir zu einer gesellschaftlichen Debatte über die CCS-Pläne der Bundesregierung auf, bevor solche weitreichenden Entscheidungen getroffen werden.“

> Die unterzeichnenden Verbände wenden sich gegen das Vorhaben der Bundesregierung, ein mehrere tausend Kilometer langes CO2-Entsorgungsnetz quer durch Deutschland, große unterirdische CO2-Endlager und einen grenzüberschreitenden Handel mit dem Transport und Deponieren von Kohlenstoffdioxid aufzubauen. Mit Milliardensummen aus Steuergeldern würde ein europaweites Geschäftsmodell für die Gasindustrie subventioniert, das umso profitabler wäre, je mehr CO2 entsteht.

> Mit Blick auf die unabsehbaren Gefahren für die Umwelt hebt das Bündnis hervor: „CCS gefährdet unser Trinkwasser, hat einen gewaltigen Flächenverbrauch, zerstört natürliche Landschaften und braucht enorm viel Energie und Material. Jede CO2-Verpressung an Land oder unter dem Meeresboden kann Erdbeben auslösen und giftige Ablagerungen in den Böden hervorrufen. CO2-Endlager in der Nordsee gefährden das Weltnaturerbe Wattenmeer. Über die mit CCS verbundenen Kosten und die schwerwiegenden Gefahren für Umwelt, Gesundheit und für das Klima lässt die Bundesregierung die Öffentlichkeit bisher im Dunkeln."

> Bis jetzt ist nicht nachgewiesen, wie eine dauerhafte, sichere Lagerung großer Mengen verpressten Kohlenstoffdioxids im Untergrund gelingen kann. Am Meeresboden droht durch Leckagen von CO2 das Wasser zu versauern, was unter anderem Muscheltiere und Korallen töten und regelrechte Todeszonen unter Wasser schaffen kann. Es ist zudem nicht akzeptabel, dass die Gaskonzerne nach einer Frist von einigen Jahrzehnten aus der Haftung entlassen und die hohen Klima- und Umweltrisiken der CO2-Deponien auf die Allgemeinheit verlagert werden, kritisieren die Organisationen.

> „Statt auf die Scheinlösung CCS zu setzen, braucht es jetzt biologischen Klimaschutz und Emissionsvermeidung. Beides ist sofort umsetzbar. Dies sind dauerhafte, nachhaltige Lösungen und wir wissen, dass sie funktionieren", so das Bündnis abschließend.

Quelle: https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/ccs-breites-umweltbuendnis-warnt-vor-gefaehrlichem-irrweg/

Begründung

> Sogenannte "unvermeidbare Restemissionen" sollen in CO2-Speichern unter dem Meer verpresst werden. Doch wie viel davon ist wirklich unvermeidbar? Gibt es Alternativen? Und was ist mit CO2-freien Produktionsprozessen? Zahlen und Fakten zur aktuellen CCS-Debatte.

> Der fossile Wahnsinn geht in die nächste Runde. Nach dem Willen der Bundesregierung soll in den kommenden Jahren eine gigantische neue Entsorgungsinfrastruktur für CO_2-Emissionen aus dem Boden gestampft werden. CO_2 aus der Chemie-, Glas-, Stahl- und Zementindustrie soll in Hubs gesammelt und in Pipelines über Hunderte von Kilometern an die Küsten transportiert werden. Dort soll es entweder verdichtet per Schiff zu CO_2-Endlagern transportiert oder über Transportleitungen zu CO_2-Deponien gepumpt werden. Pro Jahr sollen so 34 bis 73 Millionen Tonnen CO_2 entsorgt werden und unter tiefen Sedimentschichten verschwinden. Das entspricht immerhin 5 bis 10 Prozent des heutigen Emissionsniveaus bzw. bis zu 40 Prozent der gesamten heutigen CO_2-Emissionen der Industrie. So steht es im Evaluierungsbericht der Bundesregierung zur CCS-Technologie. Alles im Namen des Klimaschutzes.

> Industrie und Politik stellen das Vorhaben als alternativlos dar. Es gehe nur um die absolut „unvermeidbaren Restemissionen". Als Paradebeispiel dient die Zementindustrie, in der produktionsbedingte Prozessemissionen anfallen. Unvermeidbare CO_2-Restemissionen sind Emissionen, die nicht durch Substitution fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energien oder durch Änderung des Produktionsprozesses vermieden werden

können. Der Begriff „unvermeidbar“ bezieht sich dabei auf die technische Unvermeidbarkeit der Emissionen nach heutigem Kenntnisstand.

Doch wie hoch sind die so genannten „unvermeidbaren Restemissionen“? Und sind sie wirklich unvermeidbar? Keineswegs, denn die Kernbereiche der industriellen Produktion können auch ohne CCS-Technologie weitgehend dekarbonisiert werden. Allein durch Nachfragereduktion, Recycling oder Produktsubstitution können diese technisch unvermeidbaren Emissionen in der Regel deutlich reduziert oder fast vollständig vermieden werden.

Im Industriesektor kann die Energieversorgung vollständig auf die Nutzung klimafreundlicher erneuerbarer Energien umgestellt werden. Wo hohe Temperaturen benötigt werden, kann regenerativ erzeugter grüner Wasserstoff einspringen.

Bleiben die prozessbedingten Emissionen der Industrie, die mit heutiger Technik etwa ein Drittel zu den Treibhausgasemissionen des Industriesektors beitragen. Aber auch hier ist der Ausstoß von Treibhausgasen nicht alternativlos. In der Stahl-, Chemie- und Bauindustrie mangelt es nicht an nahezu CO_2-freien Verfahren oder Materialien.

● Die Wärme- und Dampferzeugung für eine treibhausgasneutrale Chemieproduktion kann zukünftig CO_2-frei durch den Einsatz von 100 Prozent erneuerbarem Strom erfolgen (Power-to-Heat).

● Eine CO_2-freie Methanolproduktion kann mit grünem Wasserstoff und CO_2 aus nicht-fossilen Quellen (Altkunststoffe, Biomasse) sichergestellt werden.

● Stahl kann im Prinzip unendlich oft recycelt werden. Dieser Sekundärstahl kann zukünftig mit Strom aus erneuerbaren Energien nahezu treibhausgasneutral hergestellt werden.

● Bei der Stahlherstellung durch Direktreduktion mit Wasserstoff entstehen keine prozessbedingten CO_2-Emissionen. Es entsteht Eisenschwamm (Direct Reduced Iron, DRI), der anschließend in einem Elektrolichtbogenofen zu Rohstahl erschmolzen wird. Wird der Wasserstoff zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bereitgestellt, ist dieser Weg nahezu CO_2-neutral.

● Zement ist ein Bindemittel. Der Einsatz alternativer Bindemittel ermöglicht die Herstellung von Beton ohne den Einsatz von konventionellem Zementklinker, der mit hohen prozessbedingten Emissionen verbunden ist.

● Gebäude aus Holz wirken langfristig als Kohlenstoffsenke für das geerntete Holz. Holzwerkstoffe im Gebäudebau können herkömmliche, schwer zu dekarbonisierende Baustoffe wie Stahl und Beton ersetzen. Dadurch können erhebliche CO_2-Emissionen aus der Zement- und Stahlproduktion vermieden werden.

So schrumpfen die „unvermeidbaren Restemissionen“ durch innovative Lösungen auf ein Minimum zusammen. Die von der Bundesregierung geplante gigantische Entsorgungsinfrastruktur wäre nicht nur völlig überdimensioniert, sondern auch teuer und unattraktiv. CCS ist eine rein nachsorgende End-of-Pipe-Technologie, die umweltschädliche Prozesse lediglich um eine nicht nachhaltige Zusatztechnologie ergänzt. Zudem bestehen erhebliche Risiken bei der Entsorgung und dauerhaften Speicherung von CO_2 im Untergrund.

> Deshalb lehnt Greenpeace die CO_2-Abscheidung an Industrieanlagen und die anschließende Verpressung des CO_2 in den Untergrund ab. Der Aufbau einer großindustriellen CO_2-Entsorgungsinfrastruktur, die die fossile Wirtschaftsweise weiter befeuert, ist ein gesellschaftspolitischer Irrweg. Stattdessen sollten wir uns für eine echte industrielle Transformation einsetzen, die mit neuen Materialien und innovativen Verfahren eine an natürliche Kreisläufe angepasste Bioökonomie aufbaut.

Quelle: https://www.greenpeace.de/klimaschutz/klimakrise/unvermeidbare-restemissionen

Unterstützer*innen

Rainer Borcherding (KV Schleswig-Flensburg); Jens Keen (KV Kiel); Andreas Bartelt (KV Segeberg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); Reinald Büchner-Jahrens (KV Herzogtum Lauenburg); Arne Lunding (KV Segeberg); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Kurt Reuter (KV Stormarn)